## **Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung** und Forschung

## Staatssekretariat für Wirtschaft

2020 M 19.3033 Offensive zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)

Eingereichter Text: Der Bundesrat wird beauftragt, der Bundesversammlung ein umfassendes Revitalisierungspaket zur Steigerung der Standortattraktivität und zur Diversifizierung der Absatzmärkte vorzulegen.

2019 M 19.3043 Offensive zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz (Hannes Germann)

Eingereichter Text: Der Bundesrat wird beauftragt, der Bundesversammlung ein umfassendes Revitalisierungspaket zur Steigerung der Standortattraktivität und zur Diversifizierung der Absatzmärkte vorzulegen.

In Erfüllung der Motionen hat der Bundesrat 2022 zwölf Vorhaben zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz präsentiert. Der Abschreibungsantrag dieser Motion wurde von den Räten 2023 abgelehnt, da die Mehrheit der zwölf Vorhaben des Bundesrates zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz Anfang 2023 noch nicht umgesetzt waren. Per Ende Dezember 2024 hat der Bundesrat bei zehn von zwölf Massnahmen eine Botschaft verabschiedet. Das Parlament ist bei einer Mehrheit der zwölf Vorhaben in beiden Kammern auf die Vorlage eingetreten. Der Bundesrat will die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch über die zwölf Vorhaben hinaus verbessern. In seinem Bericht vom 22. Mai 2024 «Lagebericht zur Schweizer Volkswirtschaft 2024» (abrufbar unter: www.seco.admin.ch > Publikationen und Dienstleitungen > Publikationen > Strukturwandel und Wachstum > Wachstum) hat er deshalb eine wirtschaftspolitische Agenda für die laufende Legislatur mit verschiedensten weiteren Vorhaben zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts verabschiedet (vgl. Kapitel 5).

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2020 P 20.3132 Wirtschaftliche Folgen der Corona-Krise (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)

Eingereichter Text: Der Bundesrat wir beauftragt, dem Parlament einen Bericht zu unterbreiten, der folgende Fragen beantwortet:

1. Welche wirtschaftlichen Auswirkungen (BIP, Beschäftigung, spezifische Branchen, Steuererträge, etc.) hatte die Corona-Krise bereits und wird sie voraussichtlich noch haben?

- 2. Welche wirtschaftlichen Auswirkungen hatten die angeordneten Massnahmen und werden sie voraussichtlich noch haben?
- 3. Wie hat der Bundesrat bei diesen Massnahmen die Abwägung zwischen gesundheitspolitischem Nutzen und wirtschaftlichem Schaden vorgenommen und wie nimmt er sie aktuell vor?
- 4. Welche zusätzlichen kurzfristigen Massnahmen oder Änderungen von Massnahmen fasst der Bundesrat ins Auge?
- 5. Welche mittel- und langfristigen Lehren sollte die Schweiz, sollten Bundesrat und Parlament, aus der Krise ziehen?

Postulatsbericht vom 26. Juni 2024 «Wirtschaftliche Folgen der Corona-Krise».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 P 20.3265 Studie über die Auswirkungen neuer Arbeitsformen auf die Infrastrukturen mit dem Ziel, positive Veränderungen zu implementieren (Isabelle Pasquier-Eichenberger)

Eingereichter Text: Der Bundesrat wird beauftragt, die Auswirkungen der neuen Arbeitsformen auf die Infrastrukturen zu untersuchen und einen Bericht vorzulegen, um die positiven Auswirkungen auf die Gemeinschaft zu implementieren. Untersucht werden sollen insbesondere folgende Aspekte:

- Auf welche Art und in welchem Ausmass könnten neue Formen der Arbeit, des Studiums und der Versorgung, die während der Pandemie entwickelt wurden, dauerhaft implementiert werden, um die Infrastrukturen zu entlasten und um mobilitätsbedingte externe Kosten zu reduzieren?
- 2. Welche Rahmenbedingungen sollen umgesetzt werden, um die Weiterführung der Telearbeit für Unternehmen, Verwaltungen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit entsprechender Absicht zu fördern?
- 3. Wie können die Infrastrukturen optimiert werden, sodass die Telearbeit attraktiver und effizienter wird?
- 4. Welche Folgen sind für die Gemeinschaft zu erwarten?

Postulatsbericht vom 8. Mai 2024 «Auswirkungen neuer Arbeitsformen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 M 20.3531 Fairerer Wettbewerb gegenüber Staatsunternehmen (Andrea Caroni)

Eingereichter Text: Der Bundesrat wird beauftragt, die nötigen Gesetzesänderungen vorzuschlagen, um Wettbewerbsverzerrungen durch Staatsunternehmen einzudämmen. Dabei soll er den bürokratischen Aufwand tief halten und die föderalistischen Zuständigkeiten beachten.